

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 pd@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

I 069/2010 (BJD)

Interpellation Philipp Hadorn (SP, Gerlafingen): AKW Gösgen – wird Gesetz verletzt und Sicherheit gefährdet? (12.05.2010)

Der Regierungsrat wird beauftragt, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

Der Störfall vom 24. Juni 2008 im AKW Gösgen steht gemäss Information des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats ENSI noch immer in «umfassender Aufarbeitung des Vorkommnisses» und stellt die Einleitung erforderlicher «Schritte gegen die Verstösse gesetzlicher Anforderungen» in Aussicht.

1. In welchem Stadium steht das laufende Verfahren im Zusammenhang mit dem Störfall im AKW Gösgen vom 24. Juni 2008?
2. Wie weit und wann wurden der Regierungsrat und der Verwaltungsrat der Alpiq von den Bundesbehörden über die Zuwiderhandlung des AKW Gösgen gegen die KEV informiert?
3. Wie stellt sich der Regierungsrat als Vertreter des Kantons und Grossaktionär der Alpiq zum gesetzeswidrigen Verhalten der Betreiberin des AKW Gösgen?
4. Welchen Risiken und in welchem Umfang waren nach Einschätzung der Regierung Industrie und Bevölkerung durch den gemäss ENSI «nicht sicherheitsgerichteten Umgang mit einem Mehrfachversagen» der Betreiber ausgesetzt (versorgungstechnisch und wirtschaftlich)?
5. Welche Massnahmen erwartet die Regierung von der Betreiberin des AKW Gösgen zur Verbesserung ihrer Sicherheitskultur?
6. Welche Beratungen, Abklärungen und Fragen veranlasste bzw. stellte sich die Regierung im Zusammenhang mit diesem Ergebnis
 - a) Innerhalb des Regierungsrats
 - b) Durch den Vertreter des Kantons im Verwaltungsrat der Alpiq
7. Wie stellt sich die Regierung heute zu den Aussagen und Prognosen in Beantwortung des parlamentarischen Auftrags A 109/2006 vom 30. August 2006 zur «Sicherheit im AKW-Gösgen»?

Begründung (12.05.2010): schriftlich.

Am 24. Juni 2008 fand im Atomkraftwerk (AKW) Gösgen ein Störfall statt, der selbst nach Einschätzung des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats ENSI die Stufe 1 erreicht. Die Betreiberin des AKW Gösgen, die heutige Alpiq bzw. ihre Vorgängerorganisationen, meldeten den Vorfall nicht.

Am 8. März 2010 hält der Bundesrat in Beantwortung einer parlamentarischen Frage fest, dass das ENSI bemängelte, «wie das KKG mit dem Vorkommnis umgegangen ist, und stellte fest, dass der Umgang des KKG mit dem Vorkommnis einen Grundsatz der Sicherheitsvorsorge verletzt hat.»

Seither ist Stille um die Aufarbeitung der Vorkommnisse eingetreten und noch heute datiert die letzte Aktualisierung des Berichts der ENSI mit «15. Februar 2010». Gemäss Medienberichten

musste die Inspektionstätigkeit vor Ort durch ENSI in den vergangenen Monaten intensiviert werden und eine Strafklage gegen Alpiq werde geprüft. Diese wäre dann bereits die zweite ENSI-Anklage innert wenigen Monaten. (Das andere Verfahren gegen die AXPO betrifft die Verstrahlung von zwei Mitarbeitenden im AKW Beznau).

Unterschriften: 1. Philipp Hadorn, 2. Urs von Lerber, 3. Christine Bigolin Ziörjen, Hans-Jörg Staub, Simon Bürki, Heinz Glauser, Andreas Ruf, Fränzi Burkhalter, Urs Huber, Fabian Müller, Trudy Küttel Zimmerli, Jean-Pierre Summ, Anna Rüefli, Peter Schafer, Markus Schneider, Barbara Wyss Flück, Doris Häfliger, Iris Schelbert-Widmer, Marguerite Misteli Schmid, Thomas Woodtli, Felix Lang. (21)